

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIX

Einleitung . . . . .	1
----------------------	---

I. Wirtschaft und Menschenrechte als Thema des Zivilrechts . . . . .	1
II. Untersuchungsziel und -gegenstand . . . . .	10
III. Methodik . . . . .	13
IV. Gang der Untersuchung . . . . .	16

1. Kapitel: Grundlagen – Ökonomie, Interessen der Akteure, Politik . . . . .	19
---	----

I. Ökonomische Grundlagen . . . . .	19
II. Interessen der relevanten Akteure . . . . .	28
III. Politikwissenschaftliche Rahmung der Diskussion durch den <i>Policy Cycle</i> . . . . .	38
IV. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	58

2. Kapitel: Phänomenologie der <i>Human Rights Litigation</i> . . . . .	61
---	----

I. Gerichtsverfahren als Bestandteil des <i>Policy Cycle</i> . . . . .	61
II. Beispiele aus der Gerichtspraxis . . . . .	62
III. Systematisierung des <i>case law</i> der <i>Human Rights Litigation</i> . . . . .	96
IV. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	101

3. Kapitel: Prozessrechtliche Herausforderungen . . . . .	103
---	-----

I. Internationale Zuständigkeit . . . . .	103
II. Prozessfinanzierung und vorprozessuale Tatsachenermittlung . . . . .	129
III. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	137

4. Kapitel: Kollisionsrechtliche Herausforderungen . . . . .	139
I. Kollisionsrechtliche Interessenlage . . . . .	139
II. Geltende Rechtslage . . . . .	141
III. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	175
5. Kapitel: Haftungsrechtliche Herausforderungen . . . . .	177
I. Einführung . . . . .	177
II. Funktionale Systematisierung der Ansprüche . . . . .	178
III. Der Liefervertrag mit dem ausländischen Zulieferer als Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter . . . . .	178
IV. Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB . . . . .	181
V. Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB . . . . .	270
VI. Haftung aus § 831 BGB . . . . .	273
VII. § 830 BGB: Anstiftung durch die oder Beihilfe der Mutter- oder Auftragsgesellschaft zur Menschenrechtsverletzung der Tochtergesellschaft oder des Zulieferers . . . . .	302
VIII. Haftung aus § 826 BGB . . . . .	307
IX. Problem beim Nachweis unternehmensinterner Vorgänge (Einflussnahme) . . . . .	312
X. Ergebnis: Dilemma für Unternehmen . . . . .	317
XI. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	318
6. Kapitel: Herausforderungen der Verhaltenssteuerung . . . . .	323
I. Einführung . . . . .	323
II. Gesellschaftsrecht als verhaltenssteuerndes Element? . . . . .	323
III. Mangelgewährleistungsrecht als verhaltenssteuerndes Element? . . . . .	348
IV. Lauterkeitsrecht als verhaltenssteuerndes Element? . . . . .	359
V. Zwischenergebnis zu den verhaltenssteuernden Elementen . . . . .	372
VI. Die verhaltenssteuernden Elemente im Lichte der Ergebnisse des NAP-Monitorings 2019/2020 . . . . .	372
VII. Ergebnis für die Verhaltenssteuerung . . . . .	377
VIII. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	378
7. Kapitel: Rechtspolitische Herausforderungen . . . . .	381
I. Von der <i>Human Rights Litigation</i> zur <i>Human Rights Legislation</i> . . . . .	381
II. Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers . . . . .	382
III. Nationale Lösung: SorgfaltspflichtenG-E als Grundlage . . . . .	395
IV. Europäische Lösung: Ankündigung eines europäischen Rechtsakts . . . . .	505
V. Globale Lösung: Völkerrechtlicher Vertrag am Horizont? . . . . .	509

VI. Zivilrechtliche Haftung als Bestandteil der <i>Human Rights Legislation</i> . . . . .	520
VII. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	523
 Gesamtergebnis in Thesen . . . . .	 529
 Anhang 1: SorgfaltspflichtenG-E . . . . .	 547
Anhang 2: Katalog der international anerkannten Menschenrechtsübereinkommen im Sinne von § 3 Nummer 1 . . . . .	557
Literaturverzeichnis . . . . .	559
Sachverzeichnis . . . . .	615

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIX

Einleitung . . . . .	1
----------------------	---

I. Wirtschaft und Menschenrechte als Thema des Zivilrechts . . . . .	1
1. Durchsetzungsdefizite im Völkerrecht . . . . .	2
2. <i>UNGP</i> als <i>soft law</i> und Referenzdokument . . . . .	4
3. Nationaler Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ (NAP) und europäische CSR-Richtlinie – Vorrang der Selbstregulierung? . . . . .	5
4. Zivilrechtliche <i>Human Rights Litigation</i> als Motor der Entwicklung . . . . .	6
5. Reformdiskussion . . . . .	7
6. Forschungsstand . . . . .	8
II. Untersuchungsziel und -gegenstand . . . . .	10
1. Untersuchungsziel . . . . .	10
2. Begriff der Menschenrechtsverletzung . . . . .	10
3. Funktionale Systematisierung möglicher Ansprüche . . . . .	11
4. Mutter- und Auftraggebergesellschaften als zentrale Akteure . . . . .	12
5. Themenbegrenzung . . . . .	12
III. Methodik . . . . .	13
1. Menschenrechtsverantwortung im Zivilrecht . . . . .	13
2. Rechtsvergleichung . . . . .	14
3. <i>Policy Cycle</i> als Narrativ . . . . .	16
IV. Gang der Untersuchung . . . . .	16

1. Kapitel: Grundlagen – Ökonomie, Interessen der Akteure, Politik . . . . .	19
--	----

I. Ökonomische Grundlagen . . . . .	19
1. Ausgangspunkt: Globalisierung der Wirtschaft . . . . .	19
2. Globale Märkte – Nationale Regelungsniveaus . . . . .	23
3. <i>Governance Gaps</i> als Markt- und Staatsversagen . . . . .	24

4. Zwischenergebnis zu den ökonomischen Grundlagen . . . . .	27
II. Interessen der relevanten Akteure . . . . .	28
1. Betroffene der Menschenrechtsverletzung . . . . .	28
2. Tochtergesellschaft oder Zulieferer aus dem Gaststaat . . . . .	29
3. Gaststaat . . . . .	30
4. Mutter- oder Auftraggebergesellschaft aus dem Heimatstaat . . . . .	33
5. Heimatstaat . . . . .	35
6. Zwischenergebnis . . . . .	37
III. Politikwissenschaftliche Rahmung der Diskussion durch den <i>Policy Cycle</i> . . . . .	38
1. Konzept des <i>Policy Cycle</i> . . . . .	38
a) Problematisierung . . . . .	38
b) Agenda-Setting . . . . .	39
c) Entscheidung . . . . .	39
d) Die weiteren Schritte: Implementierung – Evaluation – Neubeginn . . . . .	40
2. Anwendung des <i>Policy Cycle</i> auf den Bereich Wirtschaft und Menschenrechte . . . . .	40
a) Problematisierung . . . . .	40
b) Agenda-Setting . . . . .	43
aa) Externe Initiierung . . . . .	44
bb) Judikative Initiierung . . . . .	46
cc) Interne Initiierung . . . . .	48
dd) <i>Window of opportunity</i> . . . . .	51
c) Entscheidung . . . . .	54
d) Die weiteren Schritte: Implementierung – Evaluation – Neubeginn . . . . .	56
3. Konsequenzen aus dem <i>Policy Cycle</i> für die weitere Untersuchung: Von der <i>Human Rights Litigation</i> zur <i>Human Rights Legislation</i> . . . . .	57
IV. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	58
 2. Kapitel: Phänomenologie der <i>Human Rights Litigation</i> . . . . .	61
I. Gerichtsverfahren als Bestandteil des <i>Policy Cycle</i> . . . . .	61
II. Beispiele aus der Gerichtspraxis . . . . .	62
1. USA . . . . .	62
a) Klagen auf Grundlage des Alien Tort Statute (ATS) . . . . .	63
aa) Räumlicher Anwendungsbereich des ATS: <i>foreign cubed cases</i> . . . . .	63
bb) ATS als Grundlage für ein <i>federal common law</i> . . . . .	64
cc) Personelle Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf Unternehmen: <i>Unocal</i> und <i>Kiobel</i> . . . . .	65

(1) Haftung eines Unternehmens als Teilnehmer einer Menschenrechtsverletzung durch staatliche Akteure in <i>Unocal</i> . . . . .	65
(2) Die <i>presumption against extraterritoriality</i> : <i>Kiobel</i> . . . . .	66
(3) Keine Haftung ausländischer Unternehmen unter dem ATS nach <i>Jesner v Arab Bank</i> . . . . .	67
b) Klagen auf Grundlage des Rechts des jeweiligen Bundesstaates . . . . .	68
aa) <i>Forum non conveniens</i> in <i>Bhopal</i> . . . . .	68
bb) Eigene Täterschaft in <i>Wal-Mart</i> . . . . .	69
c) USA: Eingeschränkte Funktionsbedingungen der <i>Human Rights Litigation</i> . . . . .	70
2. England . . . . .	71
a) Die Anfänge der englischen <i>Human Rights Litigation</i> : <i>Connelly v RTZ Corp Plc</i> . . . . .	71
b) Grenzüberschreitende Abfallentsorgung: <i>Trafigura</i> . . . . .	72
c) Die nationale <i>Human Rights Litigation</i> in England . . . . .	73
aa) Sorgfaltspflichten der Muttergesellschaft gegenüber Mitarbeitern der Tochtergesellschaft: <i>Chandler v Cape</i> . . . . .	73
bb) Einschränkung in <i>Thompson v Redwick</i> . . . . .	74
d) Die internationale <i>Human Rights Litigation</i> vor englischen Gerichten: Phänomen der Ankerbeklagten . . . . .	75
aa) Englisch internationales Zuständigkeitsrecht: <i>Necessary and proper party gateway</i> . . . . .	76
bb) <i>Vedanta v Lungowe</i> . . . . .	77
(1) Bisherige instanzgerichtliche Entscheidungen . . . . .	78
(2) Supreme Court-Entscheidung zur Zuständigkeit . . . . .	80
cc) <i>Okpabi v Shell</i> . . . . .	83
dd) <i>AAA v Unilever</i> . . . . .	85
e) England: Gute Funktionsbedingungen für eine <i>Human Rights Litigation</i> . . . . .	87
3. Niederlande – Die <i>Shell-Saga</i> . . . . .	88
4. Frankreich . . . . .	90
5. Deutschland . . . . .	93
a) <i>KiK</i> . . . . .	93
b) <i>RWE</i> . . . . .	95
III. Systematisierung des <i>case law</i> der <i>Human Rights Litigation</i> . . . . .	96
1. Systematisierung . . . . .	96
a) Anspruchsteller . . . . .	96
b) Anspruchsziel . . . . .	96
c) Anspruchsgegner . . . . .	97
d) Anspruchsgrundlage und anwendbares Recht . . . . .	98

e) Klagen vor inländischen Gerichten: Mutter- und Auftraggebergesellschaften als Ankerbeklagte . . . . .	98
2. Exemplarische Fallkonstellationen . . . . .	99
a) Fall 1 – <i>Kiobel/Unocal</i> -Abwandlung . . . . .	99
b) Fall 2 – <i>Bhopal</i> -Abwandlung . . . . .	100
c) Fall 3 – <i>Shell</i> in Nigeria (Pipeline)-Abwandlung . . . . .	100
d) Fall 4 – <i>KiK</i> -Abwandlung . . . . .	100
IV. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	101
 3. Kapitel: Prozessrechtliche Herausforderungen . . . . .	 103
I. Internationale Zuständigkeit . . . . .	103
1. Zulässigkeit von Klagen allein gegen die inländische Mutter- oder Auftraggebergesellschaft . . . . .	104
2. Zulässigkeit von Ankerklagen . . . . .	104
a) Gründe für eine Klage gegen Muttergesellschaft und drittstaatlichen Rechtsträger . . . . .	104
aa) Parteiinteressen . . . . .	105
bb) Gerichtsinteressen . . . . .	106
cc) Staats- und Ordnungsinteressen . . . . .	107
b) Gerichtsstände nach der Brüssel Ia-VO . . . . .	108
aa) Vertrags- und Deliktgerichtsstand . . . . .	108
bb) Mehrparteien-Gerichtsstand . . . . .	108
cc) Alternative Zuständigkeitskonzentrationen in der Brüssel Ia-VO? . . . . .	111
(1) Europäischer Konzerngerichtsstand? . . . . .	111
(2) Analoge Anwendung der Brüssel Ia-VO . . . . .	113
dd) Zwischenergebnis zum europäischen Zuständigkeitsrecht	116
c) Gerichtsstände der ZPO . . . . .	116
aa) § 23 ZPO als national-autonomer Konzerngerichtsstand?	117
(1) Forderung gegen die inländische Gesellschaft als Inlandsvermögen . . . . .	117
(2) Qualifizierter Inlandsbezug . . . . .	120
bb) Autonomer Deliktgerichtsstand des § 32 ZPO . . . . .	123
cc) Mehrparteiengerichtsstand in der ZPO . . . . .	123
dd) Autonome Notzuständigkeit . . . . .	126
(1) Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit effektiven Rechtsschutzes . . . . .	127
(2) Hinreichender Inlandsbezug . . . . .	128
(3) Notgerichtsstand als Lösung? . . . . .	128
ee) Zwischenergebnis: Ankerklage nur bei autonomer Notzuständigkeit . . . . .	129

II.	Prozessfinanzierung und vorprozessuale Tatsachenermittlung . . .	129
1.	Prozesskostenhilfe als nur partielle Lösung des Problems der Prozessfinanzierung . . . . .	130
2.	Probleme der Vorfinanzierung des <i>fact-finding</i> . . . . .	132
3.	Kollektiver Rechtsschutz als Lösung? . . . . .	134
a)	Schutz über Lauterkeitsrecht? . . . . .	134
b)	Musterfeststellungsklage als Werkzeug für Menschenrechtsklagen . . . . .	135
III.	Zusammenfassung in Thesen . . . . .	137
4.	Kapitel: Kollisionsrechtliche Herausforderungen . . . . .	139
I.	Kollisionsrechtliche Interessenlage . . . . .	139
II.	Geltende Rechtslage . . . . .	141
1.	Vertragsrechtliche Qualifikation . . . . .	141
2.	Deliktsrechtliche Qualifikation . . . . .	143
a)	Tatortprinzip . . . . .	143
aa)	Grundlagen des Tatortprinzips . . . . .	143
bb)	Anwendung des Tatortprinzips in Menschenrechtsfällen . . . . .	145
b)	Ausnahme bei gemeinsamem Aufenthalt . . . . .	145
c)	Aktivierung der Ausweichklausel bei Menschenrechtsklagen? . . . . .	146
aa)	Grundlagen der Ausweichklausel . . . . .	146
bb)	Fallmaterial zur Ausweichklausel . . . . .	148
(1)	<i>Winrow v Hemphill</i> . . . . .	148
(2)	<i>Okpabi v Shell</i> . . . . .	149
cc)	Umsetzung in Menschenrechtsklagen . . . . .	150
(1)	Akzessorische Anknüpfung an ein Vertragsverhältnis . . . . .	150
(2)	Akzessorische Anknüpfung an das Gesellschaftsstatut der Mutter- oder Auftraggebergesellschaft . . . . .	150
(3)	Anwendung der Ausweichklausel in Menschenrechtsklagen . . . . .	151
(4)	Einseitiges Bestimmungsrecht aus Gründen des Opferschutzes? . . . . .	152
(5)	Ablehnung der Aktivierung der Ausweichklausel in Menschenrechtsklagen . . . . .	153
(6)	Zwischenergebnis: Keine Anwendung der Ausweichklausel . . . . .	156
d)	Nachträgliche Rechtswahl . . . . .	156
e)	Umweltdelikte des Art. 7 Rom II-VO . . . . .	157
aa)	Umweltschädigung . . . . .	158
bb)	Ersatzansprüche wegen Personen- oder Sachschäden, die selbst keine Umweltschäden sind . . . . .	158

cc) Alternative Anknüpfung an das Recht am Handlungsort	158
(1) Grundsatz: Ort der Anlage	159
(2) Handlungsort bei konzern- oder lieferketten- dimensionalen Deliktsorganisationspflichten	159
(a) Ausklammerung von Vorbereitungshandlungen	160
(b) Handlungsort ist abhängig vom Pflichtinhalt	160
(c) Handlungsort = Verwaltungssitz der Inlandsgesellschaft	162
(d) Zwischenergebnis zum Handlungsort	162
dd) Analoge Anwendung auf Menschenrechtsklagen?	163
ee) Zwischenergebnis: Anwendung deutschen Rechts allenfalls bei Umweltbezug	164
f) Ordre public	164
aa) Ergebniskontrolle: Unvereinbarkeit mit inländischen Gerechtigkeitsvorstellungen	165
(1) Hohe Anforderungen	165
(2) Haftungslücke im Auslandsrecht	166
(3) Problem des unbestimmten Prüfungsmaßstabs	167
(4) Zwischenergebnis zu Ergebniskontrolle	168
bb) Konkrete Inlandsbeziehung	168
cc) Zwischenergebnis zum ordre public	169
g) Verkehrspflichten als Sicherheits- und Verhaltensregeln i. S. v. Art. 17 Rom II-VO?	170
aa) Sicherheits- und Verhaltensregeln und Handlungsort	170
bb) Rechtsfolge: faktisch und soweit angemessen berücksichtigen	172
cc) Ergebnis zu Art. 17 Rom II-VO	174
3. Ergebnis: Anwendung von Auslandsrecht – Ausnahme bei Umweltklagen	174
III. Zusammenfassung in Thesen	175
 5. Kapitel: Haftungsrechtliche Herausforderungen	 177
I. Einführung	177
II. Funktionale Systematisierung der Ansprüche	178
III. Der Liefervertrag mit dem ausländischen Zulieferer als Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	178
IV. Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB	181
1. Verletzung von Rechten und Rechtsgütern i. S. v. § 823 Abs. 1 BGB	181
a) Beispielfälle	182
b) Die Rechtsgüter und Rechte des § 823 Abs. 1 BGB	183
c) Das sonstige Recht als Öffnungsklausel	183

d) Parallele zu den Grundrechten? . . . . .	186
e) Stand der Diskussion . . . . .	186
f) Menschenrechte als sonstige Rechte? . . . . .	187
aa) Voraussetzungen für die Annahme von Menschenrechten als sonstige Rechte . . . . .	188
(1) Innerstaatliche Geltung . . . . .	189
(a) Art. 25 GG – Allgemeine Regeln des Völkerrechts	190
(b) Art. 59 Abs. 2 GG – Völkervertragsrecht . . . . .	191
(2) Unmittelbare Anwendung – <i>self-executing</i> Normen	192
(3) Einräumen eines subjektiven Rechts . . . . .	194
(4) Einräumen dieses subjektiven Rechts gegenüber Privaten . . . . .	195
(5) Sind die Kriterien des sonstigen Rechts i. S. v. § 823 Abs. 1 BGB erfüllt? . . . . .	198
bb) Anwendung auf konkrete Menschenrechtsnormen . . . . .	198
(1) EMRK . . . . .	199
(a) Keine Bindung Privater an die EMRK . . . . .	200
(b) Extraterritoriale Anwendung der EMRK . . . . .	201
(c) Verknüpfung der Extraterritorialität mit der Bindung Privater durch die EMRK . . . . .	204
(d) Ergebnis zur EMRK . . . . .	204
(2) Menschenrechtsschutz der Vereinten Nationen . . . . .	205
(a) Zivilpakt und Sozialpakt . . . . .	205
(b) ILO-Übereinkommen . . . . .	210
(3) Völkergewohnheitsrecht . . . . .	212
(a) AEMR . . . . .	212
(b) <i>Ius cogens</i> . . . . .	213
cc) Zwischenergebnis: Keine Bindung der Unternehmen an die Menschenrechte . . . . .	219
g) Sonderfall: Umweltgüter . . . . .	220
h) Kontrollüberlegungen . . . . .	222
aa) Keine Rechtsfortbildung wie bei der Entwicklung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts . . . . .	222
(1) Die Entwicklung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts . . . . .	222
(2) Übertragbarkeit der Erwägungen zum Allgemeinen Persönlichkeitsrecht . . . . .	224
bb) Die Bedeutung der Menschenrechte in der zivilrechtlichen <i>Human Rights Litigation</i> . . . . .	227
i) Ergebnis und Lösung der Beispielfälle . . . . .	227
2. Mutter- oder Auftraggebergesellschaft als Adressatin von rechtsträgerübergreifenden Verkehrspflichten . . . . .	229

a) Funktion der Verkehrspflichten . . . . .	229
b) Wertungskriterien zur Ermittlung von Verkehrspflichten . .	231
aa) Gefahrerhöhung . . . . .	232
bb) Gefahrbeherrschung . . . . .	232
cc) Vorteilsziehung . . . . .	232
dd) Schutz des Vertrauens des Rechtsverkehrs . . . . .	235
ee) Bewegliches System als methodische Grundlage für die Entwicklung von rechtsträgerübergreifenden Verkehrspflichten . . . . .	235
c) Verkehrspflichten von Muttergesellschaften in Konzern-Konstellationen . . . . .	236
aa) Grundregel: Vertrauensgrundsatz . . . . .	236
bb) Trennungsprinzip als gesetzliche Wertung des Gesellschaftsrechts . . . . .	237
(1) Inhalt des Trennungsprinzips und Konflikt mit dem Präventionsprinzip des Deliktsrechts . . . . .	237
(2) Ökonomische Ratio des Trennungsprinzips und des Grundsatzes der beschränkten Haftung – auch im Konzern? . . . . .	238
(3) Versagen der Ratio bei Einflussnahme . . . . .	241
cc) Spiegelung der Ergebnisse nach den Wertungskriterien für Verkehrspflichten . . . . .	243
(1) Schaffung einer Gefahrenquelle . . . . .	243
(2) Steuerung einer Gefahrenquelle . . . . .	244
(a) Delegation eigener Aufgaben . . . . .	245
(b) Ansichziehen von Aufgaben der Tochtergesellschaft durch die Mutter . . . . .	245
(3) Differenzierung zwischen Einflussnahmemöglichkeit und tatsächlich ausgeübter Einflussnahme . . . . .	246
(4) Ausnahme: Tatsächlich ausgeübte Einflussnahme auf die konkrete Gefahrenquelle . . . . .	248
(a) Unselbständige Betriebsabteilung . . . . .	248
(b) Konkrete Weisung im Risikomanagement . . . . .	249
(c) Vorgaben in der Produktion . . . . .	250
(d) Übernahme des Risikomanagements durch Muttergesellschaft . . . . .	250
(e) Öffentliche Äußerungen der Muttergesellschaft . . . . .	252
(f) Problemfall: Kenntnis ohne tatsächliche Einflussnahme . . . . .	255
dd) Kontrollüberlegung: Kein Vorrang gesellschaftsrechtlicher Regelungen in Konzern-Konstellationen? . . . . .	257
(1) Kein zwingender Vorrang des Konzernrechts . . . . .	257

(2) Kein Vorrang der Existenzvernichtungshaftung und der Regeln zum faktischen Geschäftsführer . . . . .	259
(3) Zwischenergebnis: Kein Vorrang gesellschaftsrechtlicher Regelungen in Konzern-Konstellationen . . . . .	260
ee) Zwischenergebnis: Verkehrspflichten in Konzern-Konstellationen als Ausnahme . . . . .	260
d) Verkehrspflichten von Auftraggebergesellschaften in Zulieferer-Konstellationen . . . . .	260
aa) Abgleich mit den Lösungen der Rechtsprechung . . . . .	262
(1) Rechtsprechung zum Reisevertragsrecht . . . . .	262
(2) Abfallerzeuger-Rechtsprechung . . . . .	263
bb) Zwischenergebnis für Zulieferer-Konstellationen . . . . .	264
e) Keine Konkretisierung der Verkehrspflichten durch <i>UNGP</i> . . . . .	264
f) Folgebetrachtung: Ohne Einfluss keine Haftung . . . . .	268
g) Ergebnis: Zurechnungsgründe für Verkehrspflichten . . . . .	269
3. Ergebnis für § 823 Abs. 1 BGB . . . . .	269
V. Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB . . . . .	270
1. Menschenrechte als Schutzgesetze? . . . . .	270
2. Keine Lösung der Zurechnungsproblematik über § 823 Abs. 2 BGB . . . . .	272
VI. Haftung aus § 831 BGB . . . . .	273
1. Verrichtungsgehilfe – Weisungsabhängigkeit und organisatorische Eingliederung . . . . .	273
a) Juristische Person als Verrichtungsgehilfe . . . . .	275
b) Tochtergesellschaft als Verrichtungsgehilfe . . . . .	277
aa) BGH-Rechtsprechung zur Verrichtungsgehilfeneigenschaft zwischen Konzerngesellschaften . . . . .	278
(1) Rätselheft-Entscheidung zur Tochtergesellschaft als Verrichtungsgehilfin . . . . .	278
(2) Untermieter-Entscheidung zur Schwestergesellschaft als Verrichtungsgehilfin . . . . .	279
(3) Warentermin-Entscheidung zum selbständigen Unternehmen als Verrichtungsgehilfe . . . . .	280
(4) Zusammenfassung der BGH-Rechtsprechung . . . . .	281
bb) Bedeutung in Menschenrechtsklagen . . . . .	282
cc) Stellungnahme: Sind Tochtergesellschaften Verrichtungsgehilfen? . . . . .	282
(1) Keine generelle Ablehnung der Verrichtungsgehilfeneigenschaft von Tochtergesellschaften . . . . .	283
(2) Differenzierung nach Art der Konzernierung? . . . . .	285
(3) Bildung von Fallgruppen unter Zuhilfenahme des englischen Rechts: <i>Vedanta v Lungowe</i> . . . . .	289

(4) IPR-Problematik auf Ebene des Sachrechts: Vorfrage	291
c) Zwischenergebnis: Relevanz der tatsächlichen Verhältnisse	292
d) Zulieferer als Verrichtungsgehilfe	293
2. Keine Hürde? – „in Ausführung der Verrichtung“	294
3. Exkulpationsmöglichkeit: Der dezentralisierte Entlastungsbeweis	295
4. Wertungsgerechtigkeit der beiden Elemente des Verrichtungsgehilfen im Konzern	298
5. Verhältnis von § 823 Abs. 1 und § 831 BGB	299
6. Ergebnis für § 831 BGB	301
VII. § 830 BGB: Anstiftung durch die oder Beihilfe der Mutter- oder Auftraggebergesellschaft zur Menschenrechtsverletzung der Tochtergesellschaft oder des Zulieferers	302
1. Mittäterschaft gemäß § 830 Abs. 1 S. 1 BGB	302
2. Anstiftung	304
3. Beihilfe	304
4. Ergebnis: Kenntnis der Umstände als Beihilfe	307
VIII. Haftung aus § 826 BGB	307
1. Voraussetzungen für einen Anspruch aus § 826 BGB	307
a) Zufügung eines Schadens	308
b) Sittenwidrigkeit der Schädigung	308
c) Schädigungsvorsatz	310
2. Ergebnis für § 826 BGB	312
IX. Problem beim Nachweis unternehmensinterner Vorgänge (Einflussnahme)	312
1. Kriterien für die Verteilung der Beweislast	313
2. Alternative: Sekundäre Darlegungslast	314
3. Ergebnis zum Nachweis unternehmensinterner Vorgänge	316
X. Ergebnis: Dilemma für Unternehmen	317
XI. Zusammenfassung in Thesen	318
 6. Kapitel: Herausforderungen der Verhaltenssteuerung	 323
I. Einführung	323
II. Gesellschaftsrecht als verhaltenssteuerndes Element?	323
1. <i>Human Rights Compliance</i>	324
a) Dogmatischer Ausgangspunkt	324
aa) Grundlagen	324
bb) Durchsetzung im Konzern	326
cc) Kollisionsrechtliche Einordnung	328
b) Leitentscheidung <i>Siemens/Neubürger</i>	329
aa) Urteil des LG München I	329

bb) Kritik an der Entscheidung . . . . .	331
cc) Konzerndimensionale und grenzüberschreitende Pflicht . . . . .	332
c) Übertragung auf menschenrechtswidriges Verhalten . . . . .	332
aa) Parallelen zwischen Korruptions- und Menschenrechtssachverhalten? . . . . .	332
bb) Herausforderungen bei der Aktivierung . . . . .	333
(1) Binnenpflicht . . . . .	334
(2) Schaden der Gesellschaft als <i>conditio sine qua non</i> . . . . .	334
(3) Weitere Hindernisse . . . . .	336
d) Konzernlegalitätshaftung als Außenhaftung? . . . . .	337
aa) Anhaltspunkte für eine Außenhaftung . . . . .	337
bb) Berücksichtigung der kollisionsrechtlichen Implikationen . . . . .	339
cc) Ablehnung der Extension der Konzernlegalitätshaftung . . . . .	340
2. Verhaltenssteuerung durch <i>Reputational Governance</i> . . . . .	340
a) Ökonomische Grundlagen der Reputation . . . . .	341
b) Bedeutung der Reputation als Durchsetzungsinstrument für <i>Human Rights Compliance</i> ? . . . . .	341
c) CSR-Erwägungen als Bestandteil des <i>Business Judgment</i> . . . . .	343
aa) Unternehmerische Entscheidung . . . . .	343
bb) Handeln zum Wohle der Gesellschaft auf angemessener Informationsgrundlage . . . . .	344
d) Marktbasierte Pflicht zum Reputationsmanagement . . . . .	345
3. Deklarationshaftung wegen fehlerhafter nichtfinanzieller Erklärung . . . . .	346
4. Zwischenergebnis zum Gesellschaftsrecht: Dynamisierung der Vorstandspflichten . . . . .	348
III. Mangelgewährleistungsrecht als verhaltenssteuerndes Element? . . . . .	348
1. Produktionsbedingungen als Teil einer Beschaffenhheitsvereinbarung . . . . .	348
a) Beispielsfall zum Mangelgewährleistungsrecht . . . . .	348
b) Unwahre Siegelangaben . . . . .	349
aa) Begriff der Beschaffenheit . . . . .	349
bb) Irrelevanz des Abschlusses einer Beschaffenhheitsvereinbarung . . . . .	353
c) Die nichtfinanzielle Erklärung als öffentliche Äußerung . . . . .	355
d) Ethische Standards als konkludente Beschaffenhheitsvereinbarung? . . . . .	357
2. Rechtsfolgen: Mängelrechte . . . . .	357
3. Vorteil im IPR: Anwendbarkeit deutschen Rechts . . . . .	358
4. Zwischenergebnis zum Kaufmangelgewährleistungsrecht . . . . .	358
IV. Lauterkeitsrecht als verhaltenssteuerndes Element? . . . . .	359
1. Anspruchsvoraussetzungen nach dem UWG . . . . .	359

a) Sonstige Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	359
b) Geschäftliche Handlung . . . . .	360
c) Unlauterkeit des Handelns des Unternehmens . . . . .	360
aa) Verstoß gegen die <i>Black List</i> des § 3 Abs. 3 i. V. m. Anhang UWG . . . . .	360
bb) Verstoß gegen § 5 Abs. 1 UWG . . . . .	362
(1) Unwahre Angaben . . . . .	363
(2) Angabe über Verfahren der Herstellung . . . . .	363
(3) Angabe über Einhaltung eines Verhaltenskodex . . . . .	363
(4) Irreführung . . . . .	364
cc) Rechtsbruch gemäß § 3a UWG . . . . .	368
dd) Verstoß gegen die Generalklausel des § 3 Abs. 2 UWG . . . . .	369
2. Praxisfälle vor deutschen Instanzgerichten . . . . .	369
3. Vorteil im IPR: Anwendbarkeit deutschen Rechts . . . . .	370
4. Zwischenergebnis zum Lauterkeitsrecht . . . . .	371
V. Zwischenergebnis zu den verhaltenssteuernden Elementen . . . . .	372
VI. Die verhaltenssteuernden Elemente im Lichte der Ergebnisse des NAP-Monitorings 2019/2020 . . . . .	372
1. Gründe für die Selbstregulierung . . . . .	373
2. Das Konzept der Privatrechtsgesellschaft als dogmatisches Fundament für die Selbstregulierung . . . . .	374
3. Ergebnis des NAP-Monitorings . . . . .	375
VII. Ergebnis für die Verhaltenssteuerung . . . . .	377
VIII. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	378
 7. Kapitel: Rechtspolitische Herausforderungen . . . . .	 381
I. Von der <i>Human Rights Litigation</i> zur <i>Human Rights Legislation</i> . . . . .	381
II. Gestaltungsoptionen des Gesetzgebers . . . . .	382
1. Das Berichts-/Transparenzmodell . . . . .	383
a) Sachrecht . . . . .	383
aa) <i>UK Modern Slavery Act</i> . . . . .	383
bb) <i>Wet Zorgplicht Kinderarbeid</i> . . . . .	384
b) Kollisionsrechtliche Qualifikation . . . . .	386
2. Das Kombinationsmodell aus Transparenz und Haftung . . . . .	386
a) Sachrecht . . . . .	386
aa) Frankreich . . . . .	386
bb) Schweiz . . . . .	388
b) Kollisionsrechtliche Qualifikation . . . . .	391
aa) Frankreich . . . . .	391
bb) Schweiz . . . . .	393
3. Vorschlag eines SorgfaltpflichtenG-E . . . . .	394

III. Nationale Lösung: Sorgfaltspflichten G-E als Grundlage . . . . .	395
1. Grundaussage: Anknüpfung an bestehende Strukturen . . . . .	396
2. Bausteine einer Neuregelung im Sachrecht . . . . .	396
a) Bausteine einer nationalen Neuregelung . . . . .	397
aa) Personeller Anwendungsbereich . . . . .	397
bb) Eigenes Fehlverhalten der Mutter- oder Auftraggebergesellschaft . . . . .	399
cc) Inhalt der Sorgfaltspflicht . . . . .	402
(1) Pflicht zur Risikoanalyse . . . . .	402
(2) Pflicht zu Folgemaßnahmen: Prävention und Abhilfe (a) Überwachungs- und Kontrollpflicht . . . . .	407
(b) Pflicht zur Abhilfe . . . . .	411
(3) Berichtspflicht . . . . .	411
(4) Bloße Bemühenspflicht – <i>knowing and showing</i> . . .	412
dd) Reichweite der Sorgfaltspflicht: Erfassung der gesamten Lieferkette? . . . . .	413
(1) Frankreich und die Schweizer Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative als Vorbilder? . . .	414
(2) Verpflichtung für das Handeln von Lieferanten am Ende der Lieferkette? . . . . .	415
ee) Rechtsfolgen der Verletzung der Sorgfaltspflichten . . . .	417
(1) Rechtsfolgentrias: Bußgeld, Haftung und vergaberechtliche Sanktionen . . . . .	417
(2) Bußgelder und Ausschluss von öffentlichen Aufträgen bei Verletzung der Transparenzpflichten als Teil des <i>smart mix</i> . . . . .	418
(3) Gestaffelte Einführung von Bußgeldern, vergaberechtlichen Sanktionen und Haftungsregeln . . .	420
b) Haftungsrecht als zentraler zivilrechtlicher Baustein . . . . .	421
aa) Haftungsbewehrung der Verletzung der Sorgfaltspflicht nur in Konzern-Konstellationen . . . . .	421
(1) Tatsächliche Einflussnahme oder Einflussnahmemöglichkeit? . . . . .	422
(2) Lösung in der französischen <i>loi de vigilance</i> . . . . .	423
(3) Lösung in dem Schweizer indirekten Gegenentwurf . . .	424
(4) Vorschlag für eine nationale Lösung . . . . .	426
(5) Zwischenergebnis . . . . .	427
bb) Beschränkung der Haftung auf bestimmte geschützte Rechte und Rechtsgüter und Definition der Menschenrechte . . . . .	428
cc) Verteilung der Beweislast . . . . .	432

(1) Rechtsvergleichende Umschau zur Verteilung der Beweislast in Menschenrechtsklagen . . . . .	432
(2) Argumente gegen eine Umkehr der Beweislast . . . . .	434
(3) Vorschlag: Übliche Verteilung der Beweislast – Entlastungsmöglichkeit durch <i>safe harbor</i> -Regelung . . . . .	435
dd) Absicherung durch eine Binnenhaftung der Geschäftsleitung gegenüber der Gesellschaft . . . . .	437
ee) Einschränkungen der Haftung auf Ebene des Prozessrechts . . . . .	437
(1) Subsidiaritätsklausel . . . . .	437
(2) Obligatorisches Schlichtungsverfahren vor der NKS . . . . .	440
c) Konkreter Lösungsvorschlag in Bezug auf das Zivilrecht . . . . .	441
d) Zivilrechtliche Haftung als Teil eines <i>smart mix</i> . . . . .	442
3. Die Eingriffsnorm als Baustein einer Neuregelung im Kollisionsrecht . . . . .	445
a) Eingriffsnormen im System des heutigen IPR . . . . .	446
aa) Die klassische Anknüpfungsdogmatik: Allseitigkeit, Abstraktheit, Neutralität . . . . .	446
bb) Eingriffsnormen als Ausnahme . . . . .	447
cc) Zunehmende Tendenz: Materialisierung und Unilateralisierung des IPR . . . . .	448
dd) Trend: Zunahme der Eingriffsnormen . . . . .	448
ee) Eingriffsnorm als Mittel der Wahl bei Unzulänglichkeit der Haftung . . . . .	450
b) Voraussetzungen einer Eingriffsnorm gemäß Art. 16 Rom II-VO . . . . .	450
aa) Auslegungsgleichlauf von Art. 16 Rom II-VO und Art. 9 Rom I-VO . . . . .	450
bb) Voraussetzungen der Eingriffsnorm, Art. 9 Abs. 1 Rom I-VO . . . . .	451
(1) International zwingender Charakter . . . . .	452
(a) Kriterien des EuGH . . . . .	452
(b) Eine Neuregelung im Stil des SorgfaltspflichtenG-E als Eingriffsnorm? . . . . .	453
(c) Eingriffsnormcharakter bei öffentlich-rechtlichen Durchsetzungsmechanismen . . . . .	454
(d) Private Zwecksetzung steht Eingriffsnorm nicht entgegen . . . . .	455
(e) Kontrolle durch den EuGH . . . . .	456
(2) Hinreichend starker Inlandsbezug . . . . .	457
(a) Persönlicher Inlandsbezug . . . . .	458
(b) Räumlicher Inlandsbezug . . . . .	459

(3) Keine Eingriffsnorm mit extraterritorialer Wirkung?	459
cc) Rechtsfolgen der Eingriffsnorm . . . . .	460
c) Vorgaben des Unionsprimärrechts: Niederlassungsfreiheit . .	461
aa) Zweistufige Prüfung: Kollisionsrecht und EU-Recht . .	461
bb) Erstreckung auf EU-Auslandsgesellschaften . . . . .	461
cc) Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit – Tätigkeitsausübungsregel als Ausnahme vom Anwendungsbereich . . . . .	461
dd) Eingriff in den Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit	463
(1) Keine Diskriminierung . . . . .	463
(2) Beschränkung . . . . .	463
ee) Rechtfertigung eines möglichen Eingriffs . . . . .	464
(1) Schutz vor Menschenrechtsverletzungen als zwingender Grund des Allgemeininteresses . . . . .	464
(2) Geeignetheit . . . . .	465
(3) Erforderlichkeit . . . . .	465
(4) Angemessenheit . . . . .	466
ff) Zwischenergebnis zur Niederlassungsfreiheit . . . . .	466
gg) Drittstaaten-Gesellschaften . . . . .	466
d) Ausgestaltung als „Eingriffsnorm“: Große oder kleine Lösung? . . . . .	467
aa) Reform der Rom II-VO nicht absehbar . . . . .	467
bb) Rechtsvergleichende Umschau . . . . .	468
(1) Die französische <i>loi de vigilance</i> als Vorbild? . . . . .	468
(2) Die Schweizer Konzernverantwortungsinitiative als Vorbild? . . . . .	469
(3) Lehren aus der Rechtsvergleichung . . . . .	471
cc) Große Lösung: Eingriffsnorm umfasst Sorgfaltspflicht und Haftungsanspruch . . . . .	472
dd) Kleine Lösung: <i>Eingriffsnorm</i> umfasst nur Sorgfaltspflicht . . . . .	472
e) Vergleichende Bewertung der großen und kleinen Lösung . .	473
aa) Rechtmäßigkeit . . . . .	473
(1) Europäisches Primärrecht: AEUV . . . . .	473
(2) Europäisches Sekundärrecht: Rom II-VO . . . . .	475
(3) Allgemeine Prinzipien des Internationalen Privatrechts . . . . .	476
(a) Die kleine Lösung als „kleinere“ Ausnahme von der Grundanknüpfung . . . . .	476
(b) Aber: Die kleine Lösung führt zu einer aufgedrängten Kombination des Deliktsstatuts mit dem Eingriffsstatut . . . . .	477

(c) Internationaler Entscheidungseinklang . . . . .	477
(d) Rechtssicherheit . . . . .	477
(4) Kohärenz auf Sachrechtsebene . . . . .	478
(a) Implantierung der Sorgfaltspflicht in das ausländische Deliktsstatut (kleine Lösung) . . . . .	478
(b) Implantierung in das französische Recht . . . . .	480
(c) Implantierung in das englische Recht . . . . .	481
bb) Zweckmäßigkeit: Praktische Umsetzung auf Kollisions- und Sachrechtsebene . . . . .	484
(1) Gleichlauf von zuständigem Gericht und anwendbarem Recht . . . . .	484
(2) Komplexität der Haftungsvoraussetzungen . . . . .	485
cc) Zusammenfassung der vergleichenden Betrachtung . . . . .	485
4. Reform im Prozessrecht als Baustein einer Neuregelung . . . . .	487
a) Kein Reformwille ersichtlich trotz interner Initiierung . . . . .	487
b) Empfehlungen der Studie des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2019 und der GEDIP-Gruppe . . . . .	488
c) Rechtsvergleichende Umschau . . . . .	489
aa) Italien . . . . .	489
bb) Niederlande . . . . .	490
cc) England . . . . .	490
dd) Zwischenergebnis . . . . .	492
d) Wechselwirkungen mit einer materiell-rechtlichen Neuregelung . . . . .	493
5. Vereinbarkeit einer gesetzlichen Neuregelung i. S. d. . . . .	
SorgfaltspflichtenG-E mit höherrangigem Recht . . . . .	494
a) Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht – Entterritorialisierung? . . . . .	494
aa) Souveränitätsprinzip als Schranke für extraterritoriale Regulierung . . . . .	494
bb) Hinreichende sachliche Anknüpfungspunkte . . . . .	495
cc) Ausnahme: <i>domaine réservé</i> der Gaststaaten . . . . .	496
b) Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht . . . . .	497
aa) Gesetzgebungskompetenz . . . . .	497
bb) Grundfreiheiten – Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	499
cc) Ergebnis zum Unionsrecht . . . . .	500
c) Verfassungskonformität einer Neuregelung i. S. d. SorgfaltspflichtenG-E . . . . .	500
aa) Gesetzgebungskompetenz . . . . .	500
bb) Vereinbarkeit mit den Grundrechten . . . . .	501
cc) Verstoß gegen das Übermaßverbot im Fall einer Haftung für die gesamte Lieferkette . . . . .	503

(1) Bisherige Diskussion um das Übermaßverbot im Deliktsrecht . . . . .	503
(2) Übertragbarkeit der bisherigen Diskussion? . . . . .	504
(3) Prüfung der Verhältnismäßigkeit . . . . .	504
d) Zwischenergebnis zum höherrangigen Recht . . . . .	505
IV. Europäische Lösung: Ankündigung eines europäischen Rechtsakts	505
1. Vorschläge der Studie des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2019 . . . . .	506
2. Vorschläge der Studie der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2020 und Ankündigung eines Entwurfs für einen europäischen Rechtsakt . . . . .	506
3. Bewertung einer europäischen Lösung . . . . .	508
V. Globale Lösung: Völkerrechtlicher Vertrag am Horizont? . . . . .	509
1. Völkerrechtlicher Kontext: Normierung staatlicher Pflichten . .	510
2. Wichtige Regelungen aus Sicht des Zivilrechts . . . . .	511
a) Definition der Menschenrechte . . . . .	511
b) Due Diligence . . . . .	512
c) Haftungsrecht . . . . .	513
d) Internationales Zuständigkeitsrecht . . . . .	515
e) Anwendbares Recht . . . . .	516
f) Verjährung . . . . .	517
g) Sonstige Regelungen . . . . .	518
3. Fazit zum <i>draft treaty</i> aus Sicht des Zivilrechts . . . . .	519
VI. Zivilrechtliche Haftung als Bestandteil der <i>Human Rights Legislation</i> . . . . .	520
1. Vorschlag für eine Haftungsnorm . . . . .	521
2. Vorschlag für eine Eingriffsnorm . . . . .	522
3. Ideal eines globalen <i>level playing field</i> . . . . .	522
VII. Zusammenfassung in Thesen . . . . .	523
 Gesamtergebnis in Thesen . . . . .	 529
 Anhang 1: SorgfaltspflichtenG-E . . . . .	 547
Anhang 2: Katalog der international anerkannten Menschenrechtsübereinkommen im Sinne von § 3 Nummer 1 . . . . .	557
Literaturverzeichnis . . . . .	559
Sachverzeichnis . . . . .	615